

Sächsische Volkszeitung

Erstausgabe täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Preis 50 Pf. (ohne Postgeb.). Bei Abnahme von 10 St. 4.50 Mk. (ohne Postgeb.).

Unabhängiges Cagedblatt f. Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Interate werden die Aepelst. Zeitgelle ober deren Raum mit 15 Pf. berechnet, bei Wiederholung bedauerlicher Rabatt. Adressen: Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden, Wilsdruffer Straße 43. - Fernsprecher Nr. 1360.

Die auswärtige Politik im Reichstage.

Im Vertrauen auf die Wehrmacht zu Wasser und zu Lande gab sich das deutsche Volk ganz und gar dem friedlichen Wettstreit auf dem Gebiete des Erwerbslebens hin. An einen äußeren Feind dachte niemand, weil man keine Staatsgewalt für so gewissenslos hielt, daß sie in dem Augenblick, wo Europa bis an die Zähne gerüstet dastehet, das Signal zum Massenmorde der Völker untereinander geben würde. Die Enthüllungen Delcassés beleuchteten plötzlich ein anderes Bild. Während der deutsche Bürger friedlich seinen Beschäftigungen nachgeht, hatte sich über seinem Haupte eine drohende Wetterwolke gebildet. Dem diplomatischen Geschick war es zwar gelungen, sie zu zerstreuen, und Frankreich legte dem Wettermacher das triviale Handwerk, aber die Besprechung der auswärtigen Politik wurde auch ein Bedürfnis. Diejem trug der Reichskanzler im Reichstage wiederholt Rechnung.

Wenn Fürst Bülow über die auswärtige Politik redet, so ist er Herr und Meister. Das kann man von ihm nicht immer sagen, bewegt er sich auf dem Gebiete der inneren Politik; wir erinnern uns an sein unbeholfenes Ervorse über die Reichsfinanzreform. Er betrieb die Schwarzmalerei der Reichsfinanzen zu stark und gruppierte Zahlen, die sich nicht in Vergleich stellen lassen. Finanzpolitik ist nicht Bülows Sache; diesen Gegenstand sollte er dem Ressortminister überlassen. Die auswärtige Politik dagegen ist sein Feld, das er mit seltener Geschicklichkeit und Sicherheit beherrscht. Frei, ohne jede Notiz spricht der Reichskanzler, gewandt und doch jedes Wort kühl überlegend. Man sieht es ihm förmlich an, wie er hier die Fragen beherrscht und wie es ihm Freude bereitet, aus dem reichen Schatze seiner Erfahrungen und seiner Kenntnisse einige Proben zu geben. Aber dabei überlegt er sich die Wirkung seiner Rede sehr genau; er weiß, welchen Eindruck seine Kundgebungen machen, und wie weit er gehen kann und darf. Was er bisher in den beiden Etatsreden sagt, war ganz nach diesem System gehalten; es war gut überlegt und der Reichskanzler selbst hatte das Bedürfnis, sich auszusprechen.

Zunächst geht nur aus seinen Darlegungen hervor, daß unsere Stellung im Weltall derzeit nicht die denkbar rostigste ist. Wir stehen so ziemlich isoliert. Freilich sind uns Oesterreich-Ungarn und Italien gute Freunde geblieben, aber was nützt uns dies? Zu Lande ist Deutschland stark und mächtig und hat sich schließlich auch allein nicht zu fürchten. Aber gerade diese beiden Staaten sind im Konjunkt der Westmächte etwas auf dem schmalen Teil gestellt. Großmächte sind sie, aber Weltmächte nicht, und Deutschland kann mit seinen 60 Millionen sich nicht mit dem Schicksal einer Großmacht begnügen. — Rußland ist uns wohlgesinnt; es hat vorerst keine innere Krisis zu überwinden. Aber gerade seine Niederlage in Ostasien kann die Sache ändern. Graf Witte hat es mit Recht gesagt, daß infolge der Auszuchtung in Ostasien nun Rußland sich wieder mehr auf seine westeuropäischen Interessen besinnen werde. Und da steht sein Drang nach dem Meere in erster Richtung; die taktische Frage wird sicherlich wieder auf werden. Rußland läßt sich nicht ins Schwarze Meer einsperren; es strebt nach des Bosphorus! Ist ihm der direkte Zugang zum Atlantischen Ozean so gut wie versperrt, so will es diesen durch das Mittelmeer erhalten. Unser offizielle Freundschaft zum Sultan, die, wie es scheint, Deutschland abhilt, die Flottendemonstration mitzumachen, kann hier sehr bald in die Brüche gehen. Wenn auch der Kaiser und der Sultan sich „Freunde“ nennen, der Kaiser und der Zar sind auch Freunde und wegen eines Moslem in unternimmt Deutschland hoffentlich keine Schritte. Aber Rußland könnte sich auch an der Ostsee breiter machen wollen; da steht ihm das preussische Gebiet im Wege. Wir glauben ja nicht, daß es durch kriegerische Eroberungen sich in den Besitz desselben zu setzen sucht, aber es gibt Konstellationen, wo auch das zur Möglichkeit werden kann.

So haben wir wenig Freunde, aber desto mehr Gegner. Frankreich hat die Niederlage im Marokko-Streit nicht vergessen; es war wohl so vernünftig, in dieser Sache nachzugeben, aber es hat diesen moralischen Verlust in sein Kontobuch eingetragen. Freilich hat es sich diesen selbst zuzuschreiben — wie konnte es auch in Marokko seinen Gesandten als „Mandatar Europas“ auftreten lassen? Darin lag eine Annäherung sonderseits, die energisch zurückgewiesen werden mußte, nicht allein wegen Marokko, sondern noch weit mehr wegen der Präzedenzfälle. Hier hat sich Frankreich ins Unrecht gesetzt und deshalb mußte es unterliegen. Auf der anderen Seite hat man in den weitesten Kreisen die Kaiserreise nach Tanger doch für ein höchst gewagtes Unternehmen gehalten und sich gesagt, daß eine solche Expedition des Kaisers auch ihre recht trüben Schattenseiten haben kann. Es ist ja gut abgelaufen. Fürst Bülow teilte im Reichstage mit, daß diese Reise schon im Februar geplant worden sei und daß er alle und jede politische Verantwortung hierfür übernehme. Daraus dürfte zu schließen sein, daß der Kaiserbesuch in Tanger nicht so sehr der Initiative des Kaisers als der des Fürsten Bülow entsprang. Heute stehen wir mit Frankreich in einem leidlichen Verhältnis.

Anderst ist es mit England. Diese Weltmacht ersten Ranges hat erreicht, daß Rußland geschwächt wurde, ohne daß es selbst einen Finger zu rühren hatte. Japan war sein Gerichtsvollzieher. Nun hätte es Deutschland,

das ihm auf dem Weltmarkt so beständige Konkurrenz bereitet, auch gern am Boden liegen sehen. Es suchte zuerst Frankreich zu seinem zweiten Gerichtsvollzieher zu bestellen, aber dies lehnte rechtzeitig ab, weil es die Kosten hätte tragen müssen. Doch sehen wir daraus, wie England alle und jede Gelegenheit benützt, um uns Schaden zuzufügen. Freilich betonte der Reichskanzler auch hier wiederholt, daß unsere Politik eine eminent friedliche sei, daß wir niemanden angreifen wollten, wohl aber uns sehr entschieden wehren würden und er fand hierbei sehr viel Beifall. Doch weiß jedermann, wie es in Wirklichkeit aussieht. Man hofft nun manches von dem Kabinettswechsel in London. Wir stellen diesen gar nicht in unsere Rechnung, weil in England jede Regierung auf absehbare Zeit deutsch-feindlich sein muß; das liegt in ganz anderen Umständen als in der Parteiherrschaft. König Eduard VII. redet wenig, aber handelt viel und die freien Engländer lassen ihm hier sehr großen Spielraum, weil sie seine Politik für sehr geschickt halten.

Sehr tröstlich ist also die Weltlage nicht. Der Reichskanzler erklärt daher in den ersten Sitzungen seine Erklärung, daß die auswärtige Lage „keine durchaus befriedigende“ sei, daß Verstimmungen, die eben überwunden worden seien, „eben Augenblick wiederkommen“ könnten, daß wir namentlich mit einer „tiefgehenden Abneigung der öffentlichen Meinung“ in England gegen uns rechnen müssen. Der Dreibund sei zwar nach wie vor gesichert, und namentlich denke Italien nicht daran, auszuscheiden, aber Deutschland müsse sich darauf gefaßt machen, im schlimmsten Falle allein und aus eigener Kraft allen Eventualitäten gewachsen zu sein.

Das klingt erbeblich pessimistischer wie die Versicherung der Thronrede, daß wir „zu allen Mächten in korrekten, zu den meisten in guten und freundlichen Beziehungen stehen“. Die dunklere Färbung des Reichskanzlers bezieht sich natürlich in erster Linie auf England, wo er unmittelbar darauf „eine tiefgehende Abneigung der öffentlichen Meinung gegen uns“ feststellt, im selben Atem allerdings auch „Reichen der Vesperung“. Jedenfalls läßt er die Möglichkeit eines Zusammenstoßes mit England bestehen, während die früher so oft an die Wand gemalte russische Gefahr, der „Kandkrieg mit zwei Fronten“ durch die russische Revolution vorläufig ganz in den Hintergrund getreten ist, was der Reichskanzler stillschweigend anerkennt. Jetzt ist England die Gefahr — den Schluß auf die Notwendigkeit der Flottenvermehrung und die Notwendigkeit ihrer Voraussetzungen (Reichsfinanzreform und neue Steuern) überläßt der Redner dem hohen Hause.

Das Schlimmste aber bleibt das Programm des Reichskanzlers: „Deutschland muß stark genug sein, um im Notfall sich auch ohne Bundesgenossen behaupten zu können.“ Das geht natürlich, wenn es überhaupt geht, nur mit immer neuen Schiffen und Kanonen. Wir hatten geglaubt, daß die Sicherung des Friedens oder im Notfall ein glücklicher Krieg noch von einem anderen Faktor abhängen würde: Es sei Aufgabe der deutschen Diplomatie, dafür zu sorgen, daß das Deutsche Reich überhaupt nicht in den Fall kommt, sich ohne Bundesgenossen gegen eine Koalition verteidigen zu müssen. An dem guten Willen des Reichskanzlers, nicht in die Lage zu kommen, zweifeln wir nicht; aber wenn das letzte Ziel der deutschen Politik die bündnislose Stärke wäre, dann würde sich die Perspektive in eine Zukunft eröffnen, deren Bedürfnisse weder ein Höchstmaß von Steuern, noch die denkbar fiskalischste Finanzreform befriedigen könnte. Einsprechen müssen wir annehmen, daß der deutsche Reichskanzler im Hinblick auf die Flottenvermehrung und die Finanzreform die internationale Lage schwarzer gemalt hat, als sie tatsächlich ist.

Deutscher Reichstag.

k. Berlin, 9. Sitzung am 11. Dezember 1905.

Ein recht betrübendes Bild bot heute der Reichstag. Die 9. Sitzung der neuen Session fand ihr vorzeitiges Ende infolge der Weisheitsfähigkeit des Hauses. Noch sind die Worte nicht verhallt, in denen der Präsident recht ernst zu treuer Pflichterfüllung mahnte, aber es hat nicht lange gedauert, und nun ist gar alles zerfallen! Keine 100 Abgeordnete sind mehr anwesend. Wohin soll das führen? Der bulgarische Handelsvertrag fand bereits Opposition bei den Antisemiten und der Wirtschaftlichen Vereinigung; aber es gelang nochmals, den Sturm zu beschwören. Nach zweistündiger Debatte wurde der Vertrag zur Vorberatung an die Budgetkommission verwiesen und Graf Reventlow zog seine Drohung, den Vertrag nur bei einem beschlußfähigen Hause durchzulassen, zurück. Aber das Verhängnis schreitet rasch; nun stand das Handelsprovisorium mit England zur Beratung; am einfachsten wäre seine glatte Annahme gewesen, besonders angesichts der gespannten politischen Lage und der Neubildung des englischen Kabinetts. Aber Graf Reventlow wollte es nicht und benützte auch diese Gelegenheit zu höchst ungeeigneten Angriffen auf den deutschen Botschafter in London. Die Staatssekretäre Graf Rosadovsky und Freiherr v. Nidhofen erwiderten ihm sehr bestimmt. Nun wollte man zur Abstimmung schreiten, ob der Vertrag auch an die Budgetkommission zu geben habe. Sinner bezweifelte die Beschlußfähigkeit des Hauses und die Sitzung war zu Ende. Morgen geht es weiter; aber der Reichstag ist ebenso wenig beschlußfähig wie heute. Zieht man endlich hieraus die Konsequenzen?

Politische Rundschau.

Dresden, den 12. Dezember 1905.

Der im Reichstage eingebrachte polnische Antrag über die Sprache des Religionsunterrichtes besagt in seinem grundlegenden § 1: „Der Religionsunterricht soll in der Muttersprache der Kinder erteilt werden. Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten darf ein Kind nicht zur Teilnahme an dem nicht in seiner Muttersprache erteilten Religionsunterricht angehalten werden. Die Entscheidung über die Muttersprache des Kindes steht den Erziehungsberechtigten zu.“

In der Rückberufungs-Order an Herrn v. Rotha heißt es: „Sie verlassen dadurch das Land, in dem Sie während anderthalbjährigen Aufenthaltes mit vollster Dignität tätig gewesen sind. Ich spreche Ihnen hierbei gern aus, daß Sie mein Vertrauen in Ihre Einsicht und Kriegserfahrung, das mich bewog, Sie in schwieriger Zeit zum Kommandeur der Schutztruppe in Südwestafrika zu ernennen, in vollstem Maße gerechtfertigt haben.“

Zur Rede Bülows. „Popolo Romano“ schreibt, der deutsche Reichskanzler habe in seiner Rede mit Recht den Beitritt Italiens zum Dreibund und die Erneuerung desselben nicht auf Sentimentalität sondern auf die positive Berücksichtigung seiner Interessen zurückgeführt. Wenn in der großen Mehrheit des italienischen Volkes nicht die tiefgehende, durch eine 25jährige Erfahrung befestigte Ueberzeugung herrschte, daß der Dreibund die sicherste Garantie des Friedens biete, hätte sich seine Erneuerung schwerlich rechtfertigen lassen, wenn auch zum Beitritt Italiens zum Dreibund wenigstens teilweise das Gehör mitgewirkt hätte. Die Italiener müßten dem deutschen Reichskanzler dankbar dafür sein, daß er nicht an der Bündnistreue Italiens gezweifelt habe. — „Echo de Paris“ schreibt: Die neue Rede des Reichskanzlers zeige nur, daß seine Angriffslust Frankreich gegenüber fort-dauere; besonders bezeichnend sei es, daß Fürst Bülow die Verantwortlichkeit für die Reise des Kaisers nach Tanger auf sich nehme, da er fühle, daß diese Reise im Reichstage keineswegs einstimmig gebilligt werde. — Die „Times“ bespricht die Rede des Fürsten Bülow über die auswärtige Lage und führt aus, es möge für ihn unmöglich gewesen sein, die Marokkofrage ganz und gar zu übergehen, aber es sei schwer zu begreifen, welche guten Ergebnisse ein Staatsmann von Bülows Erfahrung und Takt, der anerblickt auch von Friedensliebe befeuert sei, von einer eingehenden Besprechung dieser Frage im deutschen Parlament erwartet haben könnte.

Das Schulunterhaltungsgesetz stand am Montag im preussischen Abgeordnetenhause zur ersten Lesung; die Debatte verlief sehr ruhig und sachlich und unser Eindruck ist: Konservativ, Freikonservativ und Nationalliberalen machen das Gesetz unter sich und mit der Regierung. Alle die vier Faktoren betonen, daß das Gesetz ganz genau dem Kommissionsantrage entspreche und damit ihr Wunsch erfüllt sei. Kultusminister Studt betonte dies sofort und rechtfertigte die Nichtgültigkeit dieses Gesetzes in Westpreußen und Posen mit „nationalen Gründen“, dann bezeichnete er die Annahme des Gesetzes als eine „patriotische Tat“. Der Führer der Konservativen, Reicherr v. Heudebrand, hielt eine Lobrede auf die Konfessionsdiskussion, zog aber nicht die Konsequenzen, sondern stimmte dem Entwurfe zu. Dem freisinnigen Feinde ging die in dem Entwurfe enthaltene Begünstigung der Simultanfakultät nicht weit genug. Der nationalliberale Redner Schiffer dämpfte vorerst noch seine Freude darüber, daß der Ausbau der Simultanfakultät in weiterer Nähe ermöglicht wird; aber er erklärte bereits das Einverständnis seiner Freunde hierzu. Eine prächtige Rede für die Konfessionsdiskussion hielt der Abgeordnete Dr. Porich (Zentr.). Die Konfessionsdiskussion allein erhalte uns das Christentum im Staatsleben; aber diese sei nicht genügend gewahrt. Das Zentrum habe noch sehr schwere Bedenken. Die Vereitigung der nationalen Gegenstände werde durch die Simultanfakultät nicht erreicht werden. Es sei fraglich, ob die Verfassung diese zulasse. Der freikonservative Abgeordnete v. Joditz war sehr erfreut, daß er die nationalliberalen Vögel doch im Garn halte.

Am 3. Dezember tagte in Gagen der dritte Delegiertentag des Diözesanverbandes der katholischen Arbeitervereine der Diözese Baderborn. Herr Bischof Dr. Schneider hatte ein längeres Schreiben an den Diözesanpräses geandt, worin es im Eingange heißt: „Mit besonderer Freude ersehe ich aus Ihrem Berichte, daß die Anzahl der katholischen Arbeitervereine in der hiesigen Diözese wiederum gewachsen ist. Dabei bedauere ich aber lebhaft, daß sie bei weitem nicht alle dem Diözesanverbande beigetreten sind, obwohl dies aus naheliegenden Gründen so dringend zu wünschen ist. Was ich jedoch noch schmerzlicher zu beklagen habe, ist die offensichtliche Tatsache, daß viele katholische Arbeiter noch abseits stehen, weder einem katholischen Arbeiterverein noch einer christl. Gewerkschaft angehören und daß manche andere sogar dort Anknüpfung gesucht haben, wo ihre besten Seelengüter den schlimmsten Gefahren und den schändlichsten Angriffen ausgesetzt sind.“ — Aus dem Berichte des Diözesanpräses geht hervor, daß in der Diözese Baderborn im ganzen 214 katholische Arbeitervereine mit 30 000 Mitgliedern vorhanden sind, während nur 70 Vereine mit 10 000 Mitgliedern dem Diözesanverbande angeschlossen sind. Arbeitersekretär Preddemann-Gelsenkirchen referierte über „Die Taktik unserer Gegner und die geeigneten Mittel zur Abwehr ihrer Angriffe“. Hieran schloß sich eine sehr lebhafteste Diskussion.

mit Nährsalzen
ausgezeichnete
Krankheit
umarkt S.
inden,
n, Glys-
erspritzen,
che Artikel
enpflege.
nich
str. II.
Dienst.
le
preise
be,
r,
i,
arbeiten.
ud alle
toren
3834
ste
en
erung.
ligst.
eines
raße
4821
eine Wunder
ich an einer
Knochenbrühe
ist Gebrauch
Es ist gut,
zu trinken
3891
ange.
le Celalmit-
die Fama
enthält
glied
nd seinen
Ein-
waren
old und
Freien
mprompt
2047
Gold-
schmid
Str. 24
orträt
anföh-
herrliche
alten
1917. an
ricstr. I
7071.